

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erscheinung 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.50 M., vierteljährlich 3.50 M., durch Träger und and. Vertretungen frei und Quas monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., durch die Post bezogen monatlich 1.40 M., vierteljährlich 4.20 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Berlin, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 21. Fernruf Nr. 2013, 2016, 2017. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 25 Pf., Rheinlande 1.— M., außerhalb 30 Pf., Rheinlande 1.50 M. Zeitungspreis u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 602

Dienstag, 26. November 1918.

72. Jahrgang.

Aufgefangene Funksprüche.

München, 26. Nov. (Wolff-Teil.)

Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: In der Münchener Funkstation wurden folgende Funksprüche aufgefange:

Aufruf an das Elsaß.

Au alle!

Was für Wunder habt Ihr Straßburger und Elsäßer vollbracht, indem Ihr trotz aller Bedrückung, trotz des argsten Völkchens Eure Treue, heilige Liebe zum Vaterland bewahrt habt. Die Geschichte kennt zweifellos kein zweites Beispiel einer so bewundernswürdigen Treue.

Ihr Soldaten habt heldenmütig in den längsten Schlachten, die es jemals gab, gekämpft. Ihr seid ruhmbedeckt daraus hervorgegangen. Die fürchterliche Schranke ist gefallen, der Adler der Grenzpfähle niedergeworfen. Die einmütige Front Frankreichs zu Euch Straßburger, wie eine Mutter zu einem lieben Kinde, das es verloren und wiedergefunden hat. Es wird nicht nur Eure Gewohnheiten, Eure lokalen Überlieferungen, euren religiösen Glauben, Eure wirtschaftlichen Notwendigkeiten achten, sondern auch Eure Wunden verbinden und in diesen schweren Tagen Eure Nahrung sicherstellen. In dieser feierlichen, herrlichen Stunde, die den Triumph des Rechts, der Gerechtigkeit und Freiheit über die brutale Gewalt bringt, wollen wir uns, Ihr befreiten Elsäßer und befreiten Soldaten in der gleichen Liebe vereinigen. Es lebe Frankreich! Es lebe die Armee! Es lebe die Republik!

Spaa, 25. Nov. In der heutigen Sitzung erklärte der französische Botschafter, daß für die Berechnung der Räumungstermine noch Tagen und Stunden die Unterzeichnung des Vertrages am 11. November 6 Uhr vor mittags deutscher Zeit sei.

Es wurde ferner der Antrag von dem französischen Botschafter gestellt, während der Besetzung des linksrheinischen Gebietes und der Brückenköpfe zur Regelung gewisser militärischer Fragen als Verbindungs-offiziere der britischen deutschen Verwaltungsbehörden jedem der drei großen Brückenköpfe und für die bayerische Pfalz je einen Generalstabsoffizier anzustellen.

Eine Antwort auf den Antrag ist noch nicht gegeben.

Gegen den Kaiser.

London, 26. Nov. (Wolff-Teil.)

Neuermeldung: Der Botschafter Reuters in Belgien meldet vom 24. November: Ich erfahre aus guter Quelle, daß die von der französischen Regierung befragten Rechtsanwältinnen nach Untersuchung der Angelegenheit erklärten, daß es die Pflicht Hollands sei, die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers zu befehlen, und daß der Kaiser, da er seine offizielle Erklärung über seine Thronabankung abgegeben habe, nicht das Recht habe, als Privatperson betrachtet zu werden, auch keine Ansprüche auf seine Zuflucht in Holland geltend machen kann. Die Allierten erwägen ein gemeinsames Vorgehen, bei welchem die Auslieferung des Kaisers gefordert werden soll.

Drohung mit der Besetzung Berlin.

Berlin, 25. Nov.

Französische Blätter melden: Wie allgemein bekannt, werden die Allierten nur mit einer solchen deutschen Regierung Frieden schließen, die die Mehrheit des deutschen Volkes vertritt. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß es in Deutschland zu größeren Unruhen kommt. Sollten die Bolschewisten in Deutschland die Oberhand gewinnen, so würde die Besetzung größerer Ortschaften Deutschlands einschließlich Berlin und anderer größerer Städte unvermeidlich sein.

Der Judenstaat in Palästina.

Safel, 26. Nov. (Sta. Teil.)

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge berichtet die „Neue Korrespondenz“ aus Konstantinopel, daß sich in Palästina die erste jüdische Regierung gebildet habe.

Die Reichskonferenz in Berlin.

Berlin, 25. Nov. (Wolff-Teil.)

Staatssekretär Dr. Solf:

Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege als ausschlaggebend erwiesen habe, hätten wir uns mit unserem Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gewandt. Außerdem habe Wilson als Einziger ein ehrliches pazifistisches Programm vertreten, während alle anderen Gegner Imperialisten seien. In unserer Lage sei aber die einzige Rettung eine entschiedene pazifistische Politik und damit eine Eindämmung des Imperialismus. Allerdings herrsche auch in Amerika Siegesstimmung und daher Ueber-einkünfte mit den Waffenstillstandsbedingungen. Amerikas Forderung sei, daß in Deutschland die Ruhe und die Ordnung aufrechterhalten werde, sonst drohe es nach den Worten Tolstoj mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei die Antwort Wilsons eingegangen, welche die Versorgung in Aussicht stelle, wenn die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werde. In England habe die hochsitzende Siegesstimmung gefestigt. Selbst Lansdowne und Henderson seien verstummt. Lord Cecil's Rücktritt könne man wohl auf seine Stellung zum

Ämtliche Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates.

Bekanntmachung.

Aus einem österreichischen Lager sind eine große Anzahl Ausrüstungsgegenstände, wie Mäntel, Stiefel, Schuhe und Leder, gestohlen worden. Es ist hier bekannt geworden, daß mit diesen Gegenständen in der Stadt Handel getrieben wird. Wir warnen die Bevölkerung vor Ankauf dieser Gegenstände. Verträge gegen diese Bekanntmachung werden mit größter Strafe geahndet.

Wiesbaden, den 26. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Die Entlassung aus dem Heer.

1. Vom 1. Dezember 1918 sind aus dem Heimatheer zu entlassen: Offiziere des Verurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1890 bis einschließlich 1899. Zur Aufrechterhaltung des notwendigen Ordnungsbereichs Arbeits- und Bewachungsbediensteten können die Mannschaften bis längstens 15. Dezember zurückgeführt werden, dann müssen sie durch jüngere ersetzt sein, die aus auflösenden mobilen Formationen frei werden.

2. Das Eintreffen einzelner mobiler Formationen in die Heimat hat begonnen. Alles muß getan werden, um diesen noch langer, schwerer Kriegszeit ins Vaterland zurückkehrenden Männern einen herzlichen Empfang zu bieten nicht nur der Gesamtheit in öffentlicher Art, sondern auch jedem Einzelnen gegenüber in erheitert, kameradschaftlichem Geiste. Vergessen wir nicht, was sie für die Heimat getan haben!

3. Soweit die in der Heimat eingetroffenen mobilen Formationen nicht zu Grenzschutz und Ordnungsdienst bestimmt sind, werden sie gemäß Erlass vom 19. September 1918 d. R. 5252, 18. D. M. sofort aufgelöst oder in den Friedensrahmen zurückgeführt. Alle Jahrgänge bis auf die Jahrgänge 1890 bis 1899 sind ordnungsgemäß zu entlassen. Die letzteren Jahrgänge sind in Ersatztruppen und Friedensformationen oder in diese selbst überzuführen, um dort ältere Jahrgänge zur Entlassung frei zu machen. Die Einzelheiten regeln die stellvertretenden Generalkommandos usw.

Der Kriegsminister:

H. M. Reinhardt, Unterstaatssekretär 634r.

Reklamierter Heeresangehörige.

die sich im linksrheinischen Gebiet aufhalten und noch nicht ordnungsmäßig entlassen sind, haben sich unverzüglich beim nächsten Bezirkskommando oder, wo ein solches nicht vorhanden, bei der nächsten militärischen Dienststelle unter Vorlegung ihrer ordnungsmäßigen Reklamationspapiere zwecks Entlassung aus dem Heeresdienste zu melden. Andernfalls laufen sie Gefahr, von den Entenetruppen gefangen genommen zu werden.

Heeresgruppe Gallwitz.

Veröffentlichung vom Arbeiter- und Soldatenrat Wiesbaden.

Wiesbaden, den 26. November 1918.

Völkerbunde zurückzuführen, die der unseren entsprechen. Auch in England werde von Deutschland

eine gesicherte Majoritätsregierung

verlangt. Herrsche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich Siegestaumel an der Tagesordnung. Seine öffentliche Meinung dränge vor allem auf die Unterdrückung jeglichen Bolschewismus, aber es scheine so, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern hoffe, durch Förderung des Separatismus das Reich zu zerstören. In Polen sei das Bestreben der Regierung, die Liquidation der deutschen Okkupation ohne Blut zu erleichtern, obwohl die Volksstimmung anders gerichtet sei. Dem deutschen Gesandten sei die Mitteilung gemacht worden, daß man auf die freundschaftlichen Beziehungen zum Reich Wert lege. Ungünstig wäre die Uebernahme der Regierung durch die nationaldemokratische Partei, die ententefreundlich und deutschfeindlich sei. In der Ukraine habe sich der Gedanke des russischen Föderalismus durchsetzen zu wollen, wenn sich auch Gegenbehauptungen bemerkbar machen. In Holland sei von der alten Regierung im Interesse des notwendigen Friedensschlusses anerkannt worden. Auch wir wollten mit der Sowjetregierung in Frieden leben, aber gegen die bolschewistische Propaganda in unserem eigenen Lande durch Moskau müßten wir uns auf entschiedene Wehren. Die Verhältnisse in Rußland seien unerträglich geworden. Das Ende der Sowjetregierung könne bevorstehen.

Zusammenfassend kommt Solf auf den unbedingten Vernichtungswillen Frankreichs

zu sprechen, dem die separatistischen Eigenmächtigkeiten im eigenen Lande in die Hände arbeiteten, so, wenn der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg selbständig Beziehungen zur Sowjetrepublik angeknüpft habe, oder, wenn von anderer Stelle unser Kurier des Auswärtigen Amtes auf der Reise nach Wien verhaftet würde. Er habe mit seinen Beamten loyal unter der neuen Regierung gearbeitet, aber der Vernichtung des Reichs könne er nicht ohne Protest zusehen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz; denn die heutigen Verhältnisse zerhörten alle Friedenshoffnungen. (Mehrstimmiger Widerspruch.) Die Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterstellt sein, welche die Einzelstaaten nicht

anerkennen. 2. Die Auslandsangelegenheiten dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Rationalisierung der Industrie, die nicht in Berlin, sondern in einem zentral gelegenen Ort zu tagen hat, muß baldigster Termin festgesetzt werden; denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten. Solf schloß mit den Worten, daß er dann an eine glückliche Zukunft der Revolution glaube, und sie nicht um ihre Früchte bringen wolle.

Darauf erhaltete

Staatssekretär Erzberger

sein Referat über die Waffenstillstandsverhandlungen. Er berichtete zunächst über den Entschluß des Kriegskabinetts, am 8. November dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands anzukündigen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Elsaß-Lothringen entzogen den von hoch mitgeteilten Bedingungen nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet wurde. Punkte, in denen die Bedingungen Milderung erfahren, waren: Verlängerung der Räumungsfrist von 30 auf 33 Tage, Ablieferung von 5000 Lokomotiven statt 10000, die Bestimmung, daß die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen im Präliminarfrieden geregelt werde, endlich die Zulassung der Versorgung mit Lebensmitteln. Vorläufig widelt sich die Erfüllung der Bedingungen verhältnismäßig gut ab. Das Kriegsmaterial wird ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100000 Waggons abgeliefert werden. Die Abmachung über die die deutschen Kriegsgefangenen mildern zu können, erscheint hoffnungslos. Die Rückkehr der Gefangenen vollzieht sich normal. Unmöglich dagegen ist die Rückführung der russischen Kriegsgefangenen vor dem 1. Februar 1919. In der

Lebensmittellage

ist gestern zum ersten Male eine entgegengesetzt gehaltene Depesche Clemenceaus eingetroffen. Zu erwarten ist auch viel von der Ankunft Hoover's in England. Zu zweifeln ist aber entschieden an der Möglichkeit, die Räumungstermine inne zu halten, und es ist zu befürchten, daß die Entente Rechtsmittel suche, um in Deutschland einzurücken. Hieraus ergibt sich nach seiner Meinung die dringende Notwendigkeit einer Präliminarfriedens. Ferner erhofft er von diesem das endgültige Aufheben des Blutvergießens, die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen und die Wahrung der Reichseinheit. Im Falle der Verzögerung befürchte er Nachteile durch längere Besetzung der linksrheinischen Gebiete und durch die Verwirklichung der polnischen Ansprüche in Posen und Oberschlesien schon während des Waffenstillstandes.

Eisner (München)

erklärte darauf: Die Referate Solf's und Erzberger's ließen mir nichts davon merken, daß inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan habe. Sicherlich wolle Deutschland den Frieden, aber ihn erreichen würde es nur durch völlig unkompromittierte Männer. Man solle sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhändler lese. An ihrer Spitze ständen Leute, wie Erzberger, welche die Weltverachtung der öffentlichen Meinung organisierten. Solf holte Verhandlungen mit Wilson für angedacht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die anderen der Begeer für minderwertig erkläre. Welches müsse in den Frieden zum Scheitern bringen. Er könne die Tätigkeit dieser beiden Männer nichts anderes nennen als Konturrevolution. Er könne die Entente nicht aus den Zeitungen, sondern aus persönlichen Berichten. Ihre Forderungen seien: 1. Mit Männern zu verhandeln, die nicht zum alten System gehörten. Clemenceau habe sich neu erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volke, sondern Kaiser Wilhelm II. Er sei geneigt, ihm mühen aber auch all die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden sollten.

Solf, Erzberger und ihre Geleichen seien für alle Zeiten erledigt.

Die zweite Forderung der Entente sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu sehen, die das Vertrauen der Masse genossen. Deutschland brauche eine Reichsregierung, die ohne Hemmung eine demokratische und soziale Politik treibe. Außerdem schlage er die Einführung eines provisorischen Präsidiums, anstelle des Bundesrats, vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führe. Nur auf Grund dieser seiner Vorschläge könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern bekämpfe, der aber härter sei denn je.

Heine (Anhalt)

setzte sich für Erzberger ein, der immer ein Mitkämpfer gegen den Militarismus gewesen sei. Die Entente sei gegen das deutsche Volk und nicht gegen einen einzelnen Unterhändler.

Obert hat um die Erlaubnis, den Gesandten Deutschösterreichs, Ludo Hartmann, vorstellen zu dürfen, der als Gast der Versammlung bewohnen werde. Hartmann dankte für die freundliche Begrüßung und betonte, es dürfe keine Präjudiz sein, wenn er heute als Gast hier wolle, er fühle sich schon völlig zugehörig. (Bravo!)

Geitner (Gotha) fand die Verteidigung Heines erklärlich, da Erzberger's Sünden auch Heines Sünden seien. Er lege das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Man müsse für die Sozialisierung sein, selbst dann, wenn man sich dadurch eine kindliche Forderung zuziehe. Ihm lebe das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volke könne nur der Sozialismus helfen.

Depinski (Sachsen) erklärte: Es ist im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hintanzustellen, wozu eine schärfere Verwahrung einzulegen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der Arbeiter- und Soldatenräte durch die Zentralstelle. Die Nationalversammlung kann nur durch die Nationalversammlung, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen sind. An die Einberufung des Reichstags ist nicht zu denken, denn er ist mit dem alten Regime gefallen. Die schärfste Reaktion will zur einheitlichen deutschen Republik kommen, und zwar unter Ausschluß von Deutsch-Oesterreich. Alles andere ist als Provisorium zu betrachten. Eine Ausschließung des Sozialismus zu Gunsten des Friedens darf keinesfalls stattfinden.

Beigeordneter im Auswärtigen Amt Kautsky unterführte Eisers Forderung nach einer Regierung, die von dem Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Der Pazifismus sei allerdings die Aufgabe der Männer der Regierung, dürfe aber nicht von den einseitigen Kriegsheern getrieben werden. Er bedaure, daß die noch nicht festgenommenen seien, die durch die eben veröffentlichten holländischen Berichte so schwer kompromittiert seien. Dies würde dem Frieden wahrhaft dienen.

Reich (Hessen)

erklärte: Das alte Regime sei durch die Soldaten gestürzt worden, denen sich dann die Arbeiter- und Soldatenräte angeschlossen hätten. Der Kapitalismus müsse liquidiert werden, aber erst handele es sich um den Frieden. Unkompromittierte Leute seien zu seiner Herbeiführung gut, aber diese seien selbst unter den Unabhängigen schwer zu finden. Das Reich müsse bleiben, aber eine

Berliner Diktatur gefährlich

es auf das Schwerste. Wir wollen nicht von Berlin los, sondern mit Berlin gemeinsam arbeiten. Bis zur Nationalversammlung seien die Arbeiter- und Soldatenräte deren Erlaubnis. Das die Regierung die alten Männer zum Teil im Amt behalte, sei doch sehr verständlich, ebenso wie die Beibehaltung einzelner Bundesratsmitglieder als Informanten der Einzelstaaten.

Süddeutscher Staat sei für die größte Beschleunigung der Nationalversammlung

In Baden seien die Wahlen zur Landesversammlung auf den 5. Januar festgesetzt. Württemberg beziehe sich ebenfalls. In Hessen werde der Termin Mitte Januar sein. Gegen das von Eiser vorgeschlagene Präsidium habe er nichts einzuwenden.

Bernstein

wandte sich gegen die Auffassung, als wenn man erst den Sozialismus durchführe und dann zum Frieden kommen müsse. Unser weitverbreitetes volkswirtschaftliches Leben sei umöglich in ganz kurzer Zeit zu sozialisieren. Die wichtigste Frage sei die

so schnell wie möglich zum Frieden

zu kommen. Er betrachte es als ein Unglück, daß man Persönlichkeiten mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt habe, die stark belastet seien und sich von den Methoden des alten Systems zu sehr befangen gezeigt hätten. Die Waffenstillstandsbedingungen wirkten seiner Ansicht nach auf die zivilen Verhältnisse nicht so zerkündernd, wie allgemein angenommen werde. Er wünschte schließlich, Männer zu den Verhandlungen zu schicken, die einmal das Vertrauen der Geisteskräfte genießen und sich andererseits auf die Mehrheit des Volkes stützen, die ihren Willen wiederum nur durch die Nationalversammlung geltend machen könne.

Hennmann (Württemberg)

erklärte: In der Forderung nach unkompromittierten Männern sind wir uns alle einig, ebenso erachtet Eiser die Feststellung richtig, daß für den Abschluß des Friedens eine unangefochtene Zentralgewalt nötig ist. Den Frieden brauchen wir nach überwiegender Ansicht sobald wie möglich. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben die Revolution geschaffen und besitzen daher zu Recht. Aber mit dem Sieg der Revolution muß auch ihre Umwandlung kommen. Sie sind ein Provisorium bis zur schleunigst einzuberufenden Nationalversammlung. Gelingt der Berliner Versuch, diese zu verzögern, dann liegt der Separatismus. Württemberg steht durchaus auf dem Boden der Reichseinheit, aber wir brauchen Ordnung und gesicherte Lebensmittelverhältnisse. Ueber und geht die Soldatenwelle am intensivsten hinweg. Wir haben viele Tausende von effizienten Hilfskräften zu verlorren. Wir haben keinen Zweifel daran verlassen, daß wir auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus stehen, und nur geringen Widerstand gefunden.

Von anderen führte noch Landberg aus: Eiser wolle unkompromittierte Männer als Friedensunterhändler, erklären aber selbst, daß es fraglich sei, ob diese weitere Misserfolge erzielen können. Die bisherigen Misserfolge und die Lebensmittelfrage seien den alten Männern gewährt worden und entgegen Eiser und Bernstein halte er diese Bedingungen für unerträglich. Die zweite Forderung Eisers, daß die Regierung von dem Mehrheitswillen getragen werden müsse, unterstütze er völlig, daß diese aber nichts anderes, als schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

Um 1 Uhr wurde die Sitzung bis 3 Uhr nachmittags ausgesetzt.

Nachmittagsitzung.

Die Nachmittagsitzung der Reichskonferenz wurde einseitig durch den Volksbeauftragten Barth, der die Konstituante für notwendig erklärte, aber vorher seien die Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament berufen. Die Diktatur wolle niemand verlängern.

Nach kurzer Schlussantragsdebatte, in der Minister Girsch bedauerte, nicht im Namen Preußens gegen die Besetzung preussischer Besitztümer protestieren zu können, wurde auf Vorschlag Eisers folgendes Resümee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme geben geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, lediglich im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.
 2. Der Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
 3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentanten des Volkswillens.
 4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunigste Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.
- Staatssekretär Müller vom Reichspräsidium schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird: In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.

Ebert appellierte in seinem Schlusswort an die Bekenntnisse der Arbeiter und Soldaten und sagte, die deutsche Arbeiterkraft müsse der Welt zeigen, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machten es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festlegung in der Nationalversammlung zu schaffen. — Mit einem Dankeswort an die Versammelten schloß Ebert die Reichskonferenz.

Kurze politische Nachrichten.

Streikbewegung.

Wenigstens im oberhessischen Industriebezirk sind auch im Rheingebiet und Westfalen die Arbeiter in Ausmaß getreten. Auch in Berlin ist die Arbeit vielfach eingestellt worden, angeblich wegen Differenzen zwischen den Arbeitern und Unternehmern, denen man in Arbeiterkreisen Widerstand gegen die Sozialisierung vorwirft. Die Kohlenverladerung der Städte, besonders Berlin, ist aufs Äußerste gefährdet.

Zudenborff in Schweden?

Bei Ausbruch der Revolution hat General Zudenborff Berlin verlassen und befindet sich jetzt, wie die „Reichs-Ztg.“ erfährt, in Schweden.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 26. November.

Förkersonalie. Der bisherige Förkervergungsberechtigte Kunze ist zum Förker ernannt und es ist ihm vom 1. Dezember 1918 ab eine Förkerstelle o. N. in der Oberförsterei Homburg mit dem Wohnsitz in Dornholzhäulen übertragen worden.

Wichtig für die Reklamierten! Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle Leute, die einen Papiervermerk haben, nach welchem sie zwecks Arbeitsaufnahme entlassen und bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vom Weerdienst befreit waren, nunmehr als entlassen gelten. Es ist also nicht mehr erforderlich, daß sich diese Leute nochmals beim Bezirkskommando oder bei der Weidestelle abmelden, um einen Entlassungsschein zu erlangen.

Parole „Heimat!“ Nun treffen auch hier die Truppen der Weidfront in immer größeren Massen auf dem Durchzug ein. Heute Vormittag zwischen 11 und 12 Uhr passierte eine Maschinenabwehrabteilung mit aller Bagage, von der Bahnstraße kommend, unsere Stadt und marschierte über Michelberg, Marktstraße, Burgstraße und Wilhelmstraße, um über die Frankfurter Straße das nächste Quartier zu erreichen. Die Mannschaften zogen singend ihre Straßen und waren in höchst guter Stimmung. Der lange Bagagezug, in dem auch die dampfenden Feldküchen nicht schienen, erregte besonders die Aufmerksamkeit der zahlreichen Zuschauermenge, die sich teils der Durchzugsstraßen aufstellte. Vargen doch die Wagen, mit Säcken und Grünzeug geschmückt, so manches Erinnerungsbild an die schweren Tage draußen im Schützengraben, das man zu „Ruttern“ bringen wollte. Den Schluss bildete ein Gelspann von drei niedlichen Ferkeln, das bei unserer Jugend besonders Wohlgefallen erregte.

Einstellung des Zugverkehrs. Um den ordnungsmäßigen Uebergang des Feldheeres über den Rhein sicherzustellen, wird voraussichtlich auch die Kaiserbrücke bei Mainz benutzt werden müssen. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß der gesamte Personenzugverkehr zwischen Mainz und Wiesbaden und zwischen Mainz und Biedrich-West (Rheingausänge) in den nächsten Tagen vorübergehend eingestellt wird.

Die Zahlung der Militärrenten, Pensionen und Hinterbliebenenbesolde beim Postamt 1 (Rheinstraße) findet, worauf erneut besonders hingewiesen wird, am 29. Nov. Um bei dem herrschenden Mangel an kleinem Geld Schwierigkeiten bei der Auszahlung zu vermeiden, ist es dringend erwünscht, daß die Zahlungsempfänger sich mit Wechselgeld (insbesondere Kupfermünzen) versehen, damit sie im Bedarfsfalle auf abgerundete gezahlte Summen kleine Beträge herausgeben können.

Standesamt-Nachrichten vom 26. Nov. Sterbefälle: Am 26. Nov. Karl Semmler, Ingenieur, 50 J. — Am 24. Nov. Frau Margarete Schütte Eheg. geb. Jordan, 72 J.; Hella Ermer, Privatier, 60 J.; Kurt Basse, Konteur, 27 J.; Carl Herr, Landgerichtsekretär a. D., 57 J.; Philipp Jung, Privatier, 63 J. — Am 25. Nov. Paula Geib, 4 J.; Elisabeth Eichenhuth, ohne Beruf, 23 J.; Wilhelm Keller, Tagelöhner, 48 J. — Am 26. Nov. Adam Endart, Länderehrliche, 52 Jahre.

Preuss.-Südd. Klassen-Lotterie.

Montag Vormittag.

50 000 M. auf Nr. 91 000.
15 000 M. auf Nr. 85 703.
10 000 M. auf Nr. 36 384.
5 000 M. auf Nr. 6408 25 200 227 500.
3 000 M. auf Nr. 7960 13791 16900 26790 34778 45348 58172 64 095 66 004 68 167 69 128 71 956 72 144 77 000 77 820 78 688 82 062 87 007 91 144 92 024 92 092 94 980 96 100 100 322 127 810 130 548 141 161 142 979 145 002 157 424 170 908 170 438 180 870 197 565 205 881 220 449 226 856 228 007 232 151.

Montag Nachmittag

10 000 M. auf Nr. 7378 00 549 60 800 86 072.
5 000 M. auf Nr. 31 316 56 288 132 469 142 602.
3 000 M. auf Nr. 51 5014 5355 6777 16 091 17 503 17 198 19 015 22 752 25 328 31 945 36 297 42 951 5 494 49 326 56 310 59 638 63 466 64 708 77 857 81 782 82 021 97 846 99 748 141 789 145 004 146 600 149 032 153 450 158 087 159 844 164 002 170 477 171 761 182 429 187 575 192 711 195 151 217 845 212 242.

Die vollständige Gewinnliste kann in unserer Hauptgeschäftsstelle, Nikolassa. 11, und bei unseren Filialen, Mauritiusstr. 14, Schulgasse 2, Dranten-Edle Herderstraße, Bismarckring 23 und Geisbergstr. 1, eingesehen werden.

Aus den Vororten.

Sonnenberg.

Abzug der Kriegsgefangenen und Heimkehr der Arierer waren zwei wichtige Ereignisse für Sonnenberg um den Totensonntag des Jahres 1918, die sich als wertvolle Beigabe zu der Ortsgeschichte (Chronik) von Giesfeld zu Giesfeld fortsetzen werden. Ersterer erfolgte am Samstag, nachdem sich schon vorher die Gefangenen auf Straßen und in Wirtschaften ungesungen bewegten. Sie gaben ihren Gesängen durch eigenartige Gesänge Ausdruck. Rauschen hat es bei den „deutschen Barbaren“ so auch gegeben, daß sie durchgehend hier bleiben wollten, besonders Aussen, die in landwirtschaftlichen Betrieben arbeitend, sich der Günst ihrer Arbeitgeber erkranten. Der Abzug war die Einleitung zu der stimmungsvollen Totensonntag, und wohl niemals ist ein Totensonntag eigenartiger gefeiert worden. Die Kirchen waren mit Aufdringlichen überfüllt. Der ganze

Ort prangte im selten reichen Flaggenschmuck mit Ehrenpyramiden in Straßen und an Häusern. Besonders reich ausgestattet waren Rombacher, Tal- und Nebenstraßen, wo Inschriften mit Grün und Blumen umrahmt die Heimkehrenden begrüßten mit: „Willkommen“, „Ein herzliches Willkommen, tapfere Krieger!“ Aber wie viele lebten nicht wieder heim! 75 Ehrenkränze in der Kirche reden eine tieferste Sprache, und der „Ehrensaal“ im „Evangel. Kirchengebäude“ auf der Höhe und der evangelischen Kirchengemeinde bis zum November d. J. 94 Helden geflossen (in Rombach 60, in Dohheim 17). Außerdem werden noch viele vermehrt. — Am 1. Adventsonntag soll ein Heiligabend als Begrüßungsfest für die heimgekehrten Soldatenkämpfer stattfinden, bei welcher Gelegenheit auch der hiesigen Frauen- und Mädchenchor mitwirken wird, ebenso wie am Totensonntag, mit mehrstimmigen Festgesängen.

Aus Nassau und Nachbargebieten.

Fe. Rhein, 26. Nov. Uebergangswirtschaftliche Maßnahmen. In einer Versammlung haben die hiesigen Lederfabrikanten beschlossen, ihre sämtlichen Arbeiter, trotzdem weder Austräge noch Rohwaren vorliegen, zu behalten, außerdem die heimkehrenden Krieger, die vorher in ihren Betrieben tätig waren, zu beschäftigen und die fehlenden Löhne weiter zu bezahlen. Als Arbeitszeit kommt der Achtstundentag in Betracht.

Fe. Camp, 25. Nov. Todesfall. Nach kurzem Leiden verstarb hier im 74. Lebensjahr Pfarrer Dr. Eduard Neun an der Grippe. Der Verstorbene hätte am 21. Dezember d. J. sein goldenes Priesterjubiläum feiern können.

Schreibleitung: Bernhard Großh.

Verantwortlich für deutsche und ausländische Politik: B. Großh.; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und volkswirtschaftlichen Teil: H. C. Eijenberg; für Stadt- und Landnachrichten, Bericht und Sport: I. C. Hans Gänzer; für die Anzeigen: Joh. Bahler; sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Betterbericht der Betterdienstelle Weilburg.

Voranschläge Witterung für Mittwoch, 27. Nov.: Vielwolke neblig und nur zeitweise aufhellend, ohne erhebliche Niederschläge.
Wasserstand. Gaub 1,00, Weilburg 1,20 Meter.

Ich habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Rechtsanwalt Dr. Beres

Wilhelmstrasse 15.

(1187)

Cäcilien-Verein Wiesbaden.

Probe nur für Damen am Donnerstag, abends 7 Uhr im Kurhaus. (1193)

Sonderkurse für Kaufleute u. Private

- a) für Herren
 - b) für Damen
- (Bankbeamte, Konto-Korrent- und Hauptbuchhalter, Rentner, Geschäftsinhaber usw.)

Beginn Anfang Dezember. Nach Wahl Nachmittags- oder Abendkurse. (Für zurückgekehrte Kriegsteilnehmer ermäßigtes Honorar.)

- I. Bilanzen und Steuererklärung. (Technik und Praxis, Monatsprüfungs-methode, Journalisierung, Brutto- und Netto-Schluss-Aufstellungen mit Gew.- und Verlustberechnung und Bücherabschl.)
 - II. Bankrechnen. Prozent- und Zinsrechnung, Kontokorrente nach allen Systemen (progressiv und mit roten Zahlen, retrograd und Staffelnrechnung.) Rechen Vorteile.
 - III. Vermögensverwaltung und Privatbuchführung. Effektenwesen, (An- und Verkauf), Bank- und Börsengebräuche.
- Anmeldungen gefl. sofort erbeten.

Hermann Bein

Dipl.-Kaufmann u. Diplomhandelslehrer; beeidigter Bücherrevisor und kaufmänn. Sachverständiger, Rheinstr. 115, nahe der Ringkirche. — Fernspr. 223. (1194)

Verkauf von Pferdefleisch

ohne Marken. Schlachtopferde lauft zu höchsten Preisen

Baumann, Erbenheim

Telefon 6254. (1192)

Einstellung des Zugverkehrs.

Ab Dienstag, den 26. November d. J. wird der gesamte Zugverkehr auf der Strecke Weinsheim bis Lempertshausen und ab Mittwoch, den 27. November d. J. der gesamte Zugverkehr auf der Strecke Widenbach bis Weheim vorübergehend eingestellt. Die Abfertigung von Personen, Expeditoren, Gepäck, Gütern und Vieh wird nach den Stationen dieser Strecken findet bis auf weiteres nicht statt. (1195)

Mainz, den 25. November 1918.

Eisenbahndirektion Mainz.

Einstellung des Zugverkehrs.

Um den ordnungsmäßigen Uebergang des Feldheeres über den Rhein sicher zu stellen, wird voraussichtlich auch die Kaiserbrücke bei Mainz benutzt werden müssen. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß der gesamte Personenzugverkehr zwischen Mainz und Wiesbaden und zwischen Mainz und Biedrich-West (Rheingausänge) in den nächsten Tagen vorübergehend vollständig eingestellt wird. (1196)

Mainz, den 25. November 1918.

Eisenbahndirektion Mainz.